



## «Man spricht schlecht über die Kiesbranche»

Die Berner Kiesbranche stand in den letzten Wochen in der Kritik. Fritz R. Hurni, Präsident des kantonalen Kies- und Betonverbandes (KSE), über die Herausforderung in seiner Branche, Wirtschaft und Politik unter einen Hut zu bringen.



Fritz R. Hurni macht sich Sorgen um die Kiesbranche. Bild: Manu Friederich

**Herr Hurni, die Berner Kiesbranche, die Sie als Präsident des kantonalen Kies- und Betonverbands (KSE) vertreten, ist in den letzten Wochen in die Schlagzeilen geraten. Was ging Ihnen dabei durch den Kopf?**

Die überaus negative Berichterstattung betraf zwar nur einzelne Unternehmen, wirft jetzt aber ein schlechtes Licht auf die gesamte Kiesbranche.

**Die Kartellvorwürfe gegen die Kies AG Aaretal dürften Sie aber nicht wirklich überrascht haben.**

Eigentlich gehe ich davon aus, dass unsere Verbandsmitglieder die Kartellgesetzgebung kennen und sich dementsprechend verhalten. Deshalb waren die Vorwürfe schon überraschend. Auf der anderen Seite waren die Marktstrukturen bereits bei der Revision des Sachplans «Abbau, Deponie, Transport» ein Thema.

**Der Kanton erwähnte damals in einem Branchenbericht die «Problematik von Monopolen». Eigentlich hätte man Bescheid wissen können.**

Man muss den Unterschied zwischen einer Marktbeherrschung und einem Missbrauch der Marktbeherrschung machen. Nur Letzteres verstösst gegen das Kartellgesetz. Eine Marktbeherrschung ist in der Rohstoffbranche nicht ungewöhnlich, weil hohe Investitions- und Planungskosten anfallen. Um das Risiko zu teilen, schliessen sich oft kleinere Unternehmen zusammen.

**Welches Risiko wird geteilt?** Die Planung einer neuen Kiesgrube ist ein äusserst komplexer Prozess und dauert zwischen 10 und 20 Jahren. In dieser Zeit muss man etwa 15 Stellen auf kommunaler, regionaler, kantonaler und nationaler Ebene durchlaufen und zahlreiche Schutzinteressen berücksichtigen. Hinter jedem Schutzinteresse steht eine NGO. Die Unternehmen müssen grosse Vorinvestitionen voller Risiken tätigen. Jede aufwändig geplante Kiesgrube kann zudem bei einer Gemeindeabstimmung verworfen werden.

**Die Herausforderungen sind also auch politischer Natur. Letzte Woche war die Kiesbranche auch Thema im Grossen Rat. Wie haben Sie die Ratsdebatte miterlebt?**

Mir bereitete es Sorgen, dass man über die Kiesbranche derart schlecht spricht. Ich

Von Michael Scheurer 24.11.2014

Artikel zum Thema

Ein klares Zeichen für mehr Wettbewerb im Kiesmarkt



Der Grosse Rat will überraschenderweise nun doch die Rolle des Kantons im Kies- und Deponiewesen stärken. [Mehr...](#)

Von Adrian Schmid 20.11.2014

Kanton soll mehr Kompetenzen im Kies- und Deponiegeschäft erhalten

Der bernische Grosse Rat will eine stärkere Position des Kantons im Kies- und Deponiegeschäft. Das hat er am Mittwochabend bei der Beratung des Raumplanungsberichts deutlich gemacht. [Mehr...](#)

19.11.2014

Undurchsichtige Kies-Geschäfte waren bekannt

Die mutmasslichen kartellartigen Zustände sind den bernischen Behörden seit Jahren bekannt. Versuche, die Strukturen aufzubrechen, waren nur mässig erfolgreich. [Mehr...](#)

Von Michael Scheurer 14.11.2014

habe Verständnis, dass man sich in der Politik fragt, was genau los ist. Als Verband wollen wir uns diesen Fragen auch stellen.

**Daniel Trüssel (GLP) hat in der Ratsdebatte öffentlich von einer «Kiesmafia» und den «Kiesbrüdern» gesprochen.**

Ich weiss nicht, warum Herr Trüssel solch problematische Begriffe öffentlich verwendet. Die Bezeichnung dürfte aber aus Unternehmerkreisen stammen, die selbst keine Kiesgruben besitzen und sich ausgeschlossen fühlen. Einige Unternehmer haben ein Interesse, von der «Kiesmafia» zu sprechen.

**Um die Konkurrenz zu diffamieren?**

Das haben Sie gesagt.

**Ihr KSE-Verband hat vor der Diskussion im Grossen Rat letzte Woche alle Parlamentarier zum Mittagessen eingeladen. Was bezwecken Sie mit dieser Lobbyarbeit?**

Der Parlamentarier-Lunch des KSE hat Tradition. Wir wollen den Grossräten das Spannungsfeld aufzeigen, in dem wir uns bewegen. Denn einerseits ist die Selbstversorgung mit Kies in der Region von öffentlichem Interesse. Gleichzeitig müssen aber vielen Schutzinteressen Rechnung getragen werden. Wir versuchen die Entscheidungsträger fachlich fundiert zu informieren.

**Nun hat der Grosse Rat nach einer kontroversen Debatte entschieden, den Kanton im Bereich des Sachplans ADT zu stärken. Haben Sie somit Ihr Lobbyziel erreicht?**

Nein. Der KSE hat sich für einen liberalen Vorschlag der FDP ausgesprochen, der abgelehnt wurde. Denn der überarbeitete Sachplan von 2012 hat schon die Regionen gestärkt, was beim Kiesabbau besonders wichtig ist, da wir mit der Bevölkerung eng zusammenarbeiten wollen. Zudem hat der Kanton genügend Handlungsspielraum mit der kantonalen Überbauungsordnung erhalten, wie sie etwa in Thierachern zum Einsatz kam. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum bereits nach zwei Jahren die -Regionen wieder geschwächt werden sollen.

**Selbst SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus sprach in der Ratsdebatte von einer Situation, die «ökologisch ausgesprochen dumm und volkswirtschaftlich schädlich» sei. Es gibt also offenbar gute Gründe, dass der Kanton in der Branche eingreifen sollte.**

Ich gehe davon aus, dass Herr Neuhaus gute Argumente für diese Äusserungen hat. Mir sind diese allerdings nicht bekannt. Sollte es Mängel im Planungsbereich geben, werden wir mit ihm und den betreffenden Verwaltungsstellen das Gespräch zu suchen.

**Der Entscheid des Grossen Rats ist jedoch bereits gefallen. Welche Konsequenzen hat dies für die Kiesbranche?**

Was genau die Konsequenzen dieses Grundsatzentscheides sein werden, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen. Ich hoffe aber, dass die Diskussion bald wieder auf eine sachliche Ebene kommt und die Politik merkt, dass die Sachlage nicht so einfach ist.

**War die Diskussion im Grossen Rat unsachlich?**

Die Berichterstattung der letzten Wochen hat wohl bei vielen Politikern den Eindruck erweckt, dass die gesamte Branche gegen das Kartellgesetz verstossen würde. Sollte sich herausstellen, dass die Kartellvorwürfe nichtig sind, muss die Politik überdenken, ob der Entscheid von letzter Woche richtig war.

**Werfen wir einen Blick in die Zukunft. Wichtig dürfte für Ihre Branche die Baugesetzrevision sein. Worauf legen Sie dort das Augenmerk?**

Mit der Revision besteht die Gefahr, dass die Auflagen beim Kiesabbau und Deponiewesen weiter verschärft werden. Die Anpassungen im Baugesetz dürfen die Realisierung von Abbauprojekten nicht weiter erschweren. Insbesondere die strikte Formulierung von Artikel 25, die unter anderem eine Gleichbehandlung der Unternehmen bei der Deponieannahme verlangt, lehnen wir ab.

GOOGLE-WERBUNG

Kommode aus Nussbaum  
Individuelle Kommode aus Nussbaum Wunschmöbel  
online zusammenstellen.  
[audena.ch/Kommode](http://audena.ch/Kommode)

Ihr Fertighallen-Experte:  
Wir bauen solide Fertighallen. Günstige Preise dank  
Systembauweise  
[www.haltec.de/Fertighallen](http://www.haltec.de/Fertighallen)

Schluss mit Schnarchen  
Sleepy - das Schnarchwunder! Von HNO-Ärzten  
entwickelt und empfohlen  
[www.medigo.ch/Schnarchen](http://www.medigo.ch/Schnarchen)

**Weshalb?**

Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Gleichbehandlung der Aushubanlieferer. Es würde aber faktisch ein Annahmезwang eingeführt, der nicht umsetzbar wäre. Zum Beispiel müssen wir bei nasser Witterung die Deponien aus technischen Gründen vorübergehend schliessen. Letztlich geht es um die Frage, wie stark der Staat in die wirtschaftliche Freiheit eingreifen soll.

**Wie stark soll der Staat in die wirtschaftliche Freiheit eingreifen?**

Wenn der Staat zu regulieren beginnt und es nicht richtig macht, muss er ständig nachregulieren. Das führt dann zu der Situation, wie wir sie heute haben. Und gegen diese Entwicklung wehren wir uns. (DerBund.ch/Newsnet)

(Erstellt: 24.11.2014, 10:44 Uhr)